

Bürgerkomitee wehrt sich gegen das geplante Asylzentrum in der Guglera

Eine überparteiliche Gruppe befürchtet **wirtschaftliche Nachteile** für das Sense-Oberland.

GIFFERS Ein Bürgerkomitee kritisiert das Vorhaben des Bundes, ab 2017 im Institut Guglera in Giffers ein Bundesasylzentrum mit 300 Plätzen einzurichten. Obschon es an diesem Plan eigentlich nichts mehr zu ändern gibt, regt sich im Sense-Oberland nun Widerstand. Die Gruppe bemängelt die späte Information der Bevölkerung und befürchtet Standortnachteile: Potenzielle Neuzuzüger und Landkäufer würden abgeschreckt, so der Tenor. Die kantonale Gesundheitsdirektion zeigt Verständnis für die Sorgen der Bürger und lädt die Bevölkerung ein, sich am Mittwoch genauer zu informieren.

im

Bericht Seite 3



An den Strassenrändern im Sense-Oberland sind am Montag Plakate gegen das Asylzentrum aufgestellt worden.

Bild Corinne Aeberhard

S
Z
E
S
F
E
I
S
V
E
A
S
L
F
R
V
S
T

«Das Volk wurde über- und hintergangen»

Im Sense-Oberland hat sich ein **Bürgerkomitee** gebildet, das sich gegen das geplante Bundesasylzentrum in der Guglera in Giffers wehrt. Die überparteiliche Gruppe kritisiert die Informationspolitik der Behörden und befürchtet, dass die Region durch das Zentrum benachteiligt wird.

IMELDA RUFFIEUX

«Wir sind nicht einverstanden mit dem Vorgehen von Bund und Kanton», sagt Alfons Piller. Der SVP-Grossrat und Gemeinderat von Plaffeien ist Mitglied des Bürgerkomitees, das sich in den letzten Tagen gegründet hat, um gegen das geplante Asylzentrum in der Guglera in Giffers zu kämpfen. «Das Volk wurde hintergangen, umgangen und übergangen», sagt er und kritisiert, dass die Öffentlichkeit erst dann über die Pläne des Bundes informiert worden ist, als das Projekt schon unter Dach und Fach war.

Für Alfons Piller ist klar, dass die Guglera nicht geeignet ist als Asylzentrum mit 300 Plätzen. «Schon alleine von der Lage her; die vielen Transporte nach Giffers sind unsinnig.» Er versteht nicht, warum der Kanton dem Bund nicht die Kaserne Poya als Standort vorgeschlagen hat. «Die wäre viel besser geeignet, vor allem auch, weil dort die Sicherheitsvorkehrungen schon vorhanden sind.» Auch wäre dort eine Integration leichter als vom Standort Guglera.

Plakate und Mahnfeuer

Die überparteiliche Gruppe umfasst gemäss Alfons Piller derzeit über 40 Personen, vor allem aus dem Sense-Oberland. «Seit die Pläne des Bundes bekannt geworden sind, werde ich täglich angesprochen.» Er ist überzeugt, dass sich noch viele der Sache anschliessen werden. Die Gruppe hat sich zuletzt am Sonntagabend getroffen, um die Aktivitäten zu planen. Als Erstes sind gestern Montag an verschiedenen Strassen grossflächige Plakate montiert worden, mit dem Aufruf, zahlreich am Informationsabend vom Mittwoch teilzunehmen. An diesem Abend brennen auf vier Hügeln Mahnfeuer: auf dem Fofenhübel in Rechthalten, auf dem Kirchenhubel in



Im Institut St. Joseph in der Guglera sollen ab 2017 rund 300 Asylsuchende untergebracht werden.

Bild Aldo Ellena

St. Silvester, auf der Egg in Oberschrot und auf dem Allmendhubel in Giffers. Sowohl für die Plakate wie auch für die Feuer hat der Sensler Oberamtmann die Bewilligung erteilt. Die Gruppe hofft auf einen Grossaufmarsch am Mittwochabend. «Wir wollen mit grosser Präsenz ein Zeichen setzen und begreiflich machen, dass die Behörden unsere Anliegen ernst nehmen sollen», sagt Alfons Piller. Die Gruppe habe wenig Verständnis für die Bundesasylpolitik, wolle aber sachlich argumentieren. «Wir distanzieren uns ganz klar von rechtsradikalen Voten.»

Dies unterstreicht auch FDP-Grossrat Ruedi Vonlan-

then. «Wir kämpfen mit offenem Visier.» Er engagiere sich in der Bürgergruppe, um zu verhindern, dass Giffers und das ganze Oberland am Ende die Leidtragenden sind. Er spüre aus der Bevölkerung eine gewisse Hilflosigkeit gegen die Willkür der Kantons- und Bundesbehörden.

«Der Verkauf ist wohl gelaufen, da können wir nichts mehr machen», so der ehemalige Giffersner Syndic. Das Bürgerkomitee mache aber auf mögliche Folgen aufmerksam. Ein Bundesasylzentrum könne sich finanziell auf die Gemeinden auswirken. «Es schreckt mögliche Neuzuzüger oder potenzielle Landkäufer ab, die Attraktivität sinkt», ist er über-

zeugt. Ihn ärgert besonders das Vorgehen des Kantons. Dieser habe die Guglera schon seit Jahren nicht als valablen Standort für diverse Projekte anerkennen wollen. «Es gab viele gute Gelegenheiten, die der Kanton nicht wahrgenommen hat», so Ruedi Vonlanthen. Er nennt zum Beispiel den Vorschlag der Sensler Ammänner vor zehn Jahren: Sie hatten dem Staatsrat nach dem Rückzug der Ingenbohrer-Schwester vorgeschlagen, im Gebäude ein Kompetenzzentrum für Zwei- oder Mehrsprachigkeit einzurichten. Auch als Internat für schwer erziehbare Jugendliche haben die Sensler die Guglera ins Spiel gebracht. «Auch das

wollte der Kanton nicht, obwohl sich die Guglera bestens geeignet hätte.»

Der Verkauf an den Bund mache ihn nun richtig wütend. Zwar sei es dem privaten Besitzer freigestellt, die Liegenschaft zu verkaufen. «Doch auch Beat Fasnacht hat x-mal beim Kanton angeklopft und wurde jedes Mal mit Ausreden abgewiesen», so Ruedi Vonlanthen. Er vermutet gar, dass der Kanton das Programm für übergewichtige Jugendliche und das Berufseinstiegsprogramm Tri-Care-Jobs nicht besser unterstützt habe, um einem Bundesasylzentrum den Weg frei zu machen.

Informationsabend: Sporthalle Giffers, Mi., 25. Februar, 19.30 Uhr.

Reaktion:

Unsicherheit aus Mangel an Infos

Das Bürgerkomitee befürchtet, dass das Asylzentrum der Region viele Nachteile bringt, weil die Attraktivität der Gemeinden gesenkt würde. «Wir haben keine Anhaltspunkte, die dies bestätigen», sagt Claudia Lauper, Mediensprecherin der kantonalen Gesundheitsdirektion. In der Stadt Freiburg seien die kantonalen Zentren mitten in Wohnquartieren; das Zentrum Les Remparts etwa befinde sich im attraktiven Altquartier neben einem Spielplatz und einer Kindertagesstätte. «Ich habe nicht den Eindruck, dass die Wohnqualität dadurch gesunken ist.»

Die Poya-Kaserne komme als Bundesasylzentrum nicht infrage, weil die Armee noch bis 2020 oder 2021 bleibe, erklärt sie weiter. «Es wäre dann zu spät gewesen für ein Bundesasylzentrum.» Kritisiert hat das Bürgerkomitee auch die späte Information der Bevölkerung. Die Eröffnung eines solchen Zentrums sei eine Angelegenheit des Bundes, sagt Claudia Lauper dazu. «Unser erstes Anliegen war, dass die Gemeinde und das Volk so rasch als möglich informiert werden.» Sie habe Verständnis, dass sich Bürger Sorgen machen. «Die Unsicherheit besteht vor allem dann, wenn noch nicht alle Informationen bekannt sind. Diese werden am Mittwoch gegeben.» Die Asylzentren in Wünnewil und Düringen hätten gezeigt, dass sich die anfänglichen Befürchtungen nicht bewahrheitet haben. «Waren die Leute einmal da, haben sich die Dorfbewohner sehr solidarisch gezeigt und Projekte gemacht, um die Asylbewerber ins Dorfleben zu integrieren. im